

Deutschland: Kirchen stärken Ehe und Familie

In zweifacher Hinsicht suchen die Kirchen mit ihrer zum achten Mal veranstalteten „Woche für das Leben“ Ehe und Familie zu stärken. Angesichts der zunehmend prekären wirtschaftlichen Situation der Familien fordern sie „energische politische Schritte“ zur Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen; gleichzeitig wollen sie aber auch junge Menschen zu verbindlichen Beziehungen in Ehe und Familie ermutigen.

In den letzten Jahren haben katholische und evangelische Kirche in Deutschland, ihre Verbände, Hilfswerke und Initiativen wieder und wieder auf die „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ der Gesellschaft gegenüber den Familien hingewiesen, eine zunehmende Benachteiligung, ökonomische Zwänge und das steigende „Armutsrisiko“ besonders der kinderreichen Familien verurteilt. Nicht zuletzt auch in ihrem Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland (vgl. HK, April 1997, 177 ff.) haben die Kirchen den oftmals prekären Lebenslagen der Familien bei der Analyse und den sozialpolitischen „Richtungshinweisen“ breite Aufmerksamkeit eingeräumt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse hätten sich, so die Kirchen, in den letzten Jahren so verändert, „daß Eltern im Vergleich zu Kinderlosen immer größere wirtschaftliche und persönliche Verzicht abgefordert werden und auch die Tragfähigkeit der familialen Beziehungen immer häufiger überlastet wird“ (70).

In ihrem Impulspapier zur Woche für das Leben, die am 9. Mai in Berlin eröffnet wurde, wiederholen nun die Kirchen: Viel zu oft scheiterten Familien und ihre einzelnen Mitglieder an der Aufgabe zu wechselseitiger Unterstützung bei Lebensbewältigung und Daseinsfürsorge, weil es ihnen an hinreichender Unterstützung mangle. Nachdem im letzten Jahr die Chancen und Risiken der pränatalen Diagnostik

den thematischen Schwerpunkt bildeten, haben die Kirchen jetzt wieder ein weitergefaßtes, gleichwohl in der aktuellen politischen Diskussion brisantes Thema und Motto gewählt: „Worauf du dich verlassen kannst: Miteinander leben in Ehe und Familie“

Ein Armutszeugnis für die Gesellschaft

Wenn die Kirchen familienpolitischen Handlungsbedarf anmahnen und anläßlich der Woche für das Leben etwa fordern, daß künftig alle Gesetzesvorhaben und gesetzlichen Regelungen verstärkt auf ihre „Familienverträglichkeit“ zu prüfen seien, stehen sie damit keinesfalls allein: Eine Million Kinder und Jugendliche in Deutschland leben in Haushalten, so klagt der jüngste Bericht der sogenannten Kinderkommission des Deutschen Bundestages, die Sozialhilfe beziehen. Auch der *Paritätische Wohlfahrtsverband* moniert, gemäß seinen Ende April veröffentlichten Berechnungen seien 4,8 Prozent aller Ehepaare mit drei oder mehr Kindern unter 18 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen. Besonders alarmierend sei die Lage der Alleinerziehenden: Fast jeder fünfte Haushalt von Alleinerziehenden mit einem Kind sei von Sozialhilfe abhängig und mehr als jeder dritte mit drei oder mehr Kindern. Der *Kinderschutzbund* hält die Zukunft der Jungen und Mädchen in unserem Land für

so bedroht wie noch nie seit Ende des Zweiten Weltkrieges und auch das *Deutsche Kinderhilfswerk* warnt vor einer Verharmlosung der Kinderarmut. Ebenfalls beunruhigt, stellte der Präsident der Ärztekammer, *Karsten Vilmar*, Anfang des Jahres fest, Armut sei ein wesentlicher Krankheitsfaktor bei Kindern und Jugendlichen.

Mit Blick auf die Bundestagswahl haben nun erneut die kirchlichen Familienverbände, der Familienbund der Deutschen Katholiken und die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, jeweils einen Katalog familienpolitischer „Wahlprüfsteine“ und „-eckpunkte“ vorgelegt. Ihre Forderungen richten sich dabei besonders auf den fehlenden *familiengerechten Wohnraum* und die nach wie vor schlechte Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit, besonders auch wegen des Mangels an erschwinglichen Kinderbetreuungsangeboten. Kritisiert werden auch die noch deutlich zu verbessernde Berücksichtigung von Erziehungszeiten im Rentenrecht sowie ein völlig unzureichender Familienlastenausgleich. An eben diesen Defiziten setzt auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) in seiner Ende April verabschiedeten Erklärung zur Bundestagswahl an (vgl. ds. Heft 319), wenn es daran erinnert: „Dem Staat kommt mit dem Förderungsgebot des Art. 6 des Grundgesetzes insbesondere in der Arbeits-, Steuer- und Sozialpolitik die Aufgabe zu, die Fähigkeit der Menschen zur ehelichen und familiären Lebensgemeinschaft und zur Erziehung der Kinder zu unterstützen und zu fördern.“

„Kindbedingte Armut ist ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft“, lautet das harsche Urteil des Familienbundes. Gegen die offenkundige Diskrepanz zwischen dem von den Familien geleisteten „unverzichtbaren Zukunftsbeitrag für Staat und Gesellschaft“ und ihrer Benachteiligung fordert der katholische Verband, Familienpolitik müsse „Querschnittspolitik“ werden, um die Voraussetzungen für das Leben mit Kindern in allen politischen und gesellschaftlichen Hand-

lungsfeldern zu verbessern. Bei der Aufhebung des „krassen Widerspruchs“ zwischen den Leistungen und den „vielfach kumulierenden Benachteiligungen von Familien“, sekundiert die evangelische Aktionsgemeinschaft, gehe es zentral um die Sicherung von Humanität und Sozialität in unserer Gesellschaft.

Die Gesellschaft verläßt sich auf Familie

Aggressiver im Grundton als ihr katholisches Pendant kritisiert die evangelische Aktionsgemeinschaft die fortschreitende gesellschaftliche Spaltung in arm und reich, die Umverteilung von oben nach unten und die Verdrängung der sozialen Marktwirtschaft und legt ein besonderes Augenmerk auf die Chancengleichheit der Kinder aus einkommensschwachen und von besonderen Problemen wie der Langzeitarbeitslosigkeit belasteten Familien. Um eine gezielte Analyse familienpolitischer Maßnahmen auf Bundes-, Landes-, und kommunaler Ebene zu ermöglichen, regen beide Verbände einen regelmäßig vorzulegenden „Bericht zur Situation der Familien“ an. Die kirchlichen Familienorganisationen benennen den grundlegenden Reformbedarf: Steuerpolitisch müsse das Existenzminimum von Kindern und Familien nach einer realitätsgerechten Bewertung der einzelnen Kostenfaktoren festgesetzt werden. Materielle und strukturelle Reformen sehen sie auch beim Wohngeld, bezüglich der Ausbildungsförderung und der Ausbildungsfreibeträge als unverzichtbar an. Für eine wirkliche Gleichrangigkeit von Familien- und Erwerbsarbeit bedarf es einer „echten und nachhaltigen familienverträglichen Strukturreform auf dem Arbeitsmarkt“.

Auch konkrete Zahlen nennen die Familienverbände: Die sofortige Anhebung des Kindergeldes etwa von derzeit 220 Mark für das erste und zweite Kind und 300 für das dritte auf mindestens 300 beziehungsweise 400 Mark. Einmütig regen Familienbund

und Aktionsgemeinschaft auch – indem sie die grundsätzliche Bedeutung beider Institutionen würdigen – Verbesserungen bei Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub an. Grundsätzlich sprechen sich beide für eine künftige Dynamisierung des Erziehungsgeldes aus. Angesichts des bisher schon eingetretenen Kaufkraftverlustes plädiert der Familienbund für eine sofortige Anhebung von heute 600 auf mindestens 800 Mark pro Monat. Die Erziehungszeit aber solle besonders flexibler, als „Zeitkonto“ ausgestaltet werden, um eine gesplittete Inanspruchnahme zu ermöglichen.

In ihren Statements und Arbeitsmaterialien zur Woche für das Leben betonen die Kirchen angesichts der offenkundig vielfachen Benachteiligungen: der Familie komme eine unverzichtbare Bedeutung für Bestand und Entwicklung der Gesellschaft, auch für die Volkswirtschaft und den demokratischen Aufbau zu. In negativer Umkehrung hat der Deutsche Caritasverband dieses Bedingungsverhältnis auf die Formel „Arme Familien – arme Gesellschaft“ gebracht und diese zu seinem Jahresthema 1998 gewählt.

In mehrfacher Hinsicht verlasse sich die Gesellschaft auf Ehe und Familie, betonte seinerseits der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof *Karl Lehmann*, anlässlich der Eröffnung der Woche für das Leben. Diese müsse sich geradezu auf die Leistung der Familien verlassen, da sie sie nicht ersetzen könne: Die partnerschaftliche Verlässlichkeit zwischen Ehepartnern, das Teilen von Einkommen und Besitz, der emotionale Rückhalt und die gegenseitige Sorge in Krankheit und Gebrechlichkeit entlaste die größere Gemeinschaft. Ebenso vertraue die Gesellschaft darauf, daß Eltern in Verantwortung für ihre Kinder sorgen, ihnen Wissen und Werte vermitteln und sie zu verantwortungsbewußten und leistungsfähigen Mitgliedern der Gesellschaft erziehen.

Auch der Vorsitzende des Rates der EKD, Präses *Manfred Kock*, unterstrich besonders die Erziehungsleistung der Familie zu Respekt und Um-

gang mit Normen unserer Rechtsordnung; sie sei „einzigartiger Lernort“, in dem verlässliches Zusammenleben von Kindern und Jugendlichen erprobt und von Erwachsenen glaubwürdig vorgelebt werden könne.

Aber nicht nur die offenkundige Spannung zwischen der gesellschaftlichen Leistung der Familien einerseits und ihrer Anerkennung und Förderung auf der anderen Seite beunruhigt die Kirchen. Ihr schon mit dem Motto zum Ausdruck gebrachtes Werben für „verlässliche“ Beziehungen, ihre Anwaltschaft für „die Sehnsucht nach Verlässlichkeit“ (Bischof Lehmann) trifft auf eine ambivalente Situation. Zahlreiche Studien und Erhebungen haben gezeigt, daß sich Ehe und Familie durchaus großer Wertschätzung erfreuen. So hat etwa kürzlich erst eine vom Bundesfamilienministerium beim Deutschen Jugendinstitut in München in Auftrag gegebene Studie zu „Status und Wandel der Lebensverhältnisse von nichtehelichen Kindern und von Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften“ grundsätzlich erst einmal gezeigt: Trotz einer gewachsenen Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften entsteht der Ehe keine ernsthafte Konkurrenz.

Wunsch und Wirklichkeit

87 Prozent der Kinder in den alten und 73 Prozent der Kinder in den neuen Bundesländern leben mit ihren verheirateten, leiblichen Eltern zusammen. Nur 10 Prozent aller Kinder, die nichtehelich geboren werden, wachsen bis zu ihrer Volljährigkeit in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft ihrer beiden leiblichen Eltern auf. Die Auftraggeberin der Studie, Bundesfamilienministerin *Claudia Nolte*, zog daraus das Resümee: Die Lebenswege gestalteten sich heute vielfältiger und bunter. Der Trauschein sei dennoch modern geblieben, die meisten Menschen entschieden sich für Ehe und Familie. Auch eine jüngere Emnid-Umfrage kann dies bestätigen. Bei 81 Prozent von knapp 2000 befragten Jugendlichen zwischen 14 und 29 Jahren ran-

gierte die „Familie“ ganz oben auf der Werteskala.

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit aber bestehen oftmals große Differenzen, halten die Kirchen in ihrem Impulspapier zur „Woche für das Leben“ dagegen: Das Bundesamt für Statistik belegt einen Anstieg der Ehescheidungen von 1995 auf 1996 um 3,6 Prozent auf insgesamt 175 550 Scheidungen in Deutschland pro Jahr. Auf drei Eheschließungen kommt damit gegenwärtig statistisch mehr als eine Ehescheidung. Und auch die Zahl der Eheschließungen sinkt stetig. Dem in Werte-Erhebungen belegten Spitzenplatz der Familie steht eine unverbrüchliche Tatsache entgegen: Deutschland ist mit 1,3 Kindern pro Frau eines der kinderärmsten Länder der Welt. Dabei räumen die Kirchen allerdings auch eine immer größer werdende Zahl an ungewollt kinderlos bleibenden Ehen ein. Das Fazit der Kirchen bildet zugleich den Ausgangspunkt ihres Werbens: „Wandlungen der inneren Gestalt und der äußeren Rahmenbedingungen tragen dazu bei, daß die Gestaltung von Elternschaft und Partnerschaft eine große Herausforderung darstellt“, eine große Herausforderung für den einzelnen Menschen, die Gesellschaft und die Kirchen.

In diesem Prozeß tiefgreifender Veränderungen in der Lebenswirklichkeit und dem Verständnis von Ehe und Familie müsse sich auch das *christliche Verständnis* von Ehe und Familie neu bewähren. Zunehmend trete es in Spannung zu den Lebensverhältnissen, in denen sich auch viele Christinnen und Christen vorfinden und einrichteten. Die Beobachtung dieser offenkundigen Diskrepanz bildet den Ausgangspunkt einer Stellungnahme, die der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der von ihm in der Periode 1991–1997 eingerichteten Kammer für Ehe und Familie in Auftrag gegeben hat. Unter dem Titel: Gottes Gabe und persönliche Verantwortung. Zur ethischen Orientierung für das Zusammenleben in Ehe und Familie“ wurde diese nun Ende Mai veröffentlicht.

Ihr Redaktionsprozeß und die Veröffentlichungsweise ist zugleich Indiz: Es

zeigt sich, wie schwer für die Kirche zu klären ist, inwieweit, so der Vizepräsident des EKD-Kirchenamtes im Vorwort zu der Stellungnahme, „das überlieferte christliche Verständnis von Ehe und Familie noch der Sache und den Menschen gerecht wird“, ob es nicht von seiner biblischen Grundlage her neu zu durchdenken und zu formulieren sei, damit es wieder in stärkerem Maß seine lebensdienliche und lebensfördernde Kraft entfalten könne. Mit dieser Schwierigkeit hat zumindest in ähnlicher Weise die katholische Kirche ebenso zu kämpfen.

Nach einer ausführlichen und, wie es ausdrücklich heißt, kontroversen Diskussion des von der Kammer vorgelegten Textes, beauftragte der Rat das Kirchenamt im Vorwort der Veröffentlichung auf den weiterbestehenden erheblichen Diskussions- und Klä-

rungsbedarf hinzuweisen: Dies betrifft zuerst den von der Kammer gewählten „kindorientierten Ansatz“ für die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Ehe und Familie. Gegenüber der Aussage „Kinder konstituieren Familie“, bleibe zu fragen, so der Vizepräsident des Kirchenamtes *Hermann Barth*, ob nicht auch von der Ehe her zu denken sei und „darum die positive Aussage nötig wird, daß es gerade auch um der Kinder willen gut und vernünftig ist zu heiraten“?

Zur Woche für das Leben hatten die Kirchen gemeinsam formuliert: „Uns Christen gelten Ehe und Familie in besondere Weise als gute Gaben Gottes, die der Entfaltung des Lebens dienen. Wie die Ehe als Zeichen für Gottes Bund mit den Menschen steht, so wird die Familie als Widerschein der Liebe Gottes erfahren.“ A.F.

Österreich: Nach der Bundespräsidentenwahl

Für eine Überraschung bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl sorgte die Kandidatur einer evangelischen Superintendentin. Der Vorgang signalisiert eine gewisse politische Naivität vieler Christen.

Die politische Landschaft in Österreich verändert sich rasant. Die Wirtschaft boomt, und die Arbeitslosenrate ist eine der niedrigsten des Kontinents. Die Einbeziehung der Alpenrepublik in die europäische Integration beschleunigt die Dynamik noch zusätzlich. Das traditionelle Zwei-Parteien-System, das jahrzehntelang durch einen starren Parteienproporz abgesichert war, bröckelt allenthalben ab. Sehr plastisch zeigte sich dies bei den Bundespräsidentenwahlen im April. Seit 1945 war die Kür des Staatsoberhauptes, die in Österreich direkt durch das Volk vorgenommen wird, eine alleinige Sache der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP und ihrer Parteiapparate. Bei den diesjährigen Wahlen hingegen bot sich ein völlig anderes Bild.

Die erste Überraschung bereitete die Sozialdemokratische Partei (SPÖ). Ihre Kandidaten hatten von 1945 bis 1986 alle Präsidentschaftswahlen gewonnen. Heuer stellte die Partei zum ersten Mal und zur Verunsicherung ihrer eigenen Parteimitglieder keinen eigenen Kandidaten auf. Die Partei fand einfach keinen überzeugenden Kandidaten und sah keine Möglichkeit, die Wiederwahl des 1992 zum ersten Mal gewählten Bundespräsidenten *Thomas Klestil* zu verhindern. In dieser Notlage gingen prominente Sozialdemokraten in das Wahlkomitee für Klestil. Durch diesen Schachzug sollte der Eindruck verhindert werden, der amtierende Bundespräsident sei nur ein Exponent der rechten Parteien. Tatsächlich war Klestil 1992 von der